

zurück 

Crash as crash can ...

Von der Krise zum Crash oder Geld als Waffe – nur eine Orwellsche Vision?

[von univ. lektor prof. mag. dr. walter weiss]

Rund 40 Billionen Euro an Vermögenswerten wurden im Zuge der Finanzkrise seit Herbst 2007 bis heute vernichtet. Über die (Hinter-)Gründe der Krise wurde schon viel spekuliert. Die meisten Betrachtungen entbehren jedoch eines roten Fadens, sodass sich der Gesamtzusammenhang nicht erschließt. Der österreichische Philosoph und Verleger Walter Weiss legt mit seinem Beitrag eine umfassende und tiefgreifende Analyse der derzeitige Lage vor. Scharfsinnig zeigt er – auch für Laien – auf, wie spekulative Geldgeschäfte funktionieren, warum es zu der „Blase“ kommen musste, was dabei bewusst inszeniert wurde bzw. welche Motive wirklich dahinter stehen. Er präsentiert aber auch verschiedene Szenarien – aus Sicht eines Österreicher, wohin uns die Misere führen mag: Wie wahrscheinlich sind eine Hyperinflation, ein totaler Crash, Staatsbankrotte oder gar Kriege? Und was kann (noch) wie gerettet werden?

„Nenn das Böse auf der Welt, doch beim Namen: Nenn es ‚Geld‘“.

Walter Weiss, 16, Schüler der 7a in Wien-Floridsdorf, 1959

Wenn die Kugel einmal aus dem Lauf ist, hält sie nichts mehr auf – nur das Ziel: wenn es getroffen wird. Und was war das Ziel? Das

eigentliche Ziel des Neokapitalismus war – und ist –

Kapitalvermehrung und nicht Produktionsausweitung. Letztere war nur Zwischentappe als Mittel zum Zweck und Umweg über die Phase der Industrialisierung – und der industrialisierten Landwirtschaft, des klassischen Primärsektors. Durch den Einfallsreichtum der Neocons¹ auf dem Banken- und Derivatsektor ist allerdings in den letzten Jahren die „schnelle Route“ des Navigationssystems zu Macht und Reichtum gewählt und ohne Abweichung verfolgt worden: Geldvermehrung ohne Produktion nämlich. Ziel war reiner Mehrwert – aber nicht durch Veredelung von Rohstoffen, sondern durch Wandel des Geldes vom Zahlungsmittel über schiere Ware zur effektivsten Waffe.

Geld ist zur Waffe geworden

Geld als Ware

Geld ist nicht mehr Tauschmittel *an sich*, sondern Zweck *für sich*: indem es für wenige mehr wird. Nicht bloßes Ziel ist dieses Mehr, sondern schierer Weg: zur Herrschaft der Wenigen über die vielen. Geld ist zur Waffe geworden.

Die Primitivvariante der Geldvermehrung ist der Zinseszins: Geld wird (noch) als Zahlungsmittel gemietet, sein Preis (als Zins) in Raten abgestottert. Was der Mieter (Kreditnehmer) mit dem Fremdgeld macht, interessiert den Vermieter (meistens eine Bank) nicht. Vielmehr ist für den Kreditgeber, für den Geld Ware ist, von Interesse, dass ihm sein Vermietobjekt (das Kapital) möglichst lange *nicht* zurückgegeben (= getilgt) wird, denn: Je länger der Mieter (Kreditnehmer) seine Miete (Zinseszins) zahlt, desto größer der Ertrag für den Vermieter (Kapitalisten, Bank).

Das ist ein relativ sicheres und völlig arbeitsloses Einkommen (im Sinne von Produktion) und nur mit – minimalen – Risiken verbunden: Der Kreditgeber verlangt Sicherstellung für sein Hergeborgtes, so dass letztlich nur demjenigen, der ohnehin schon hat, geborgt wird. Ausfälle waren in Nicht-Krisenzeiten relativ selten (zwischen einem und zwei Prozent der

Zur Person des Autors:

Walter Weiss, Univ.-Lektor Prof. Mag. Dr., Jahrgang 1942, studierte Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Geographie in Wien. Als Schriftsteller hat er im Laufe seiner publizistischen Tätigkeit bereits mehrere Literaturpreise erhalten. Insgesamt hat Weiss bislang 65 Bücher veröffentlicht, darunter Romane, Sachbücher, Bildbände, psychologische Ratgeber und philosophische Titel. 1990 gründete er einen eigenen Verlag mit Sitz in Klosterneuburg (Österreich). Walter Weiss ist Mitglied des österreichischen Schriftsteller- und Verlegerverbandes sowie des internationalen P.E.N.-Clubs. Kontakt: edition@vabene.at



Jahreskreditsumme); man hatte ja auf das Sichergestellte (Hypothek, Lebensversicherung, Ehepartner im Besonderen, Bürge im allgemeinen; Aktien; Sparbücher etc.) im Notfall zurückgreifen können. Das freilich waren die guten alten Zeiten ...

Schneller kommt man zu Geld durch Spekulation(en), d. h., man nimmt eine Erwartung vorweg – und hält sie für eintreffend. Das sind im harmlosen Fall Aktien, also Anteilscheine an einem realen Unternehmen, von dem man weiß, dass es Gewinne abwirft – oder hofft, dass es einen solchen einmal abwerfen wird. Damit beinhaltet diese harmlose Risikosplittung bereits den ersten Kick: indem man im zweiten Fall auf Gewinne hofft, obwohl die Firma noch gar keine abwirft. Solches Engagement fördert jedoch – noch – die Realwirtschaft: Sogenannten „Start-ups“, also eben gegründeten Unternehmen, soll zu Gewinn verholfen werden. Meist beteiligt man sich mit seinem Geld auch an solchen „Start-ups“ ... Das kurbelt die Produktion an und schafft Arbeitsplätze. Aber es dauert mitunter Jahre, bis man Gewinne erzielt. Also machen so etwas nur honorige Banken oder ethisch motivierte Mäzene – nach strenger Prüfung des Unternehmens ...

Wer mehr Geld und mehr „Kick“ will, dem ist dies zu lauter und langsam. Der spekuliert nicht mehr auf Produktionsausweitung und dadurch erzielten – realen – Mehrwert, sondern auf Preise, also den Marktwert von – im simplen Fall – Waren. Also auf den künftigen Preis von Schweinebäuchen, das Paradebeispiel für Börsenlehrgänge, jenen von Öl, Gold, Zucker, Raps, Kaffee, Baumwolle, Getreide und alles, was eben so gehandelt wird und werden kann: also – im fortgeschrittenen Fall – auch schon mal auf Währungen, Aktien, Anleihen, Fonds etc. Lassen sich die Preise von echten Gütern (Commodities) – unter Zugrundelegen von Daten aus der Erfahrung – noch innerhalb einer gewissen Bandbreite abschätzen bzw. relativ seriös erwarten, machen da Währungen und Wertpapiere erheblich mehr Schwierigkeiten. Wer reich genug ist – wie George Soros – kann die Future-Märkte gestalten und so sicher sein Kapital auf Kosten der kleinen Spieler vermehren.

Geld ist nicht mehr
Tauschmittel an sich,
sondern Zweck für sich:
indem es für wenige mehr
wird

Derivate: Das Börsenspiel beginnt

Repräsentieren Währungen (ursprünglich sollten sie dies jedenfalls) noch die Wirtschaftsleistung eines Landes oder Währungsblocks (z. B. der EU-16), so sind sie doch kein Schweinebauch mehr, sondern abhängig von nicht mehr seriös abzuschätzenden Imponderabilien: Politik ist unwägbar. Auch Wertpapiere spiegeln (oder sollten es ursprünglich) Wirtschaftsleistung wider: entweder eines Unternehmens, einer Unternehmensgruppe oder eines Verwalters solcher Papiere (Fonds).

Lassen sich steigende oder fallende Kaffee- oder Teepreise noch mit Erntemengen und Wetterkapriolen in Verbindung bringen, so sind Wirtschaftsleistungen von Staaten und Unternehmen keine einfach zu prognostizierenden Datenmengen mehr. Die Unwägbarkeiten nehmen zu, Politik und Kaufgewohnheiten der Konsumenten sind nicht mehr so leicht abzuschätzen wie die Preise von Soja oder Erdnüssen. Es wird für den Kapitalisten spannender – aber auch manipulierbar. Kaufgewohnheiten lassen sich steuern, und auf Währungen (zumindest kleinerer Staaten und Ökonomien, wobei Großbritannien, als George Soros noch gegen das Pfund spekuliert hatte, damals gar so klein nicht war, heute aber – im Vergleich zur Eurozone – ist) lässt sich Druck ausüben. Auch der österreichische Schilling war bereits im Visier George Soros' gestanden ...



Die geplatzten Hypotheken waren der vermeintlichen Auslöser der herrschenden Finanzkrise. Waren hier nur Unvermögen und Größenwahn im Spiel oder war es sogar Absicht? (Bildquelle: www.deesillustration.com)

Sogar auf das Wetter und seine Kapriolen könnte spekuliert werden

„Derivat“ heißt eigentlich „Ableitung“. Im Finanzsektor bezeichnet man damit Spekulationsgeschäfte, deren Preis (Kurs) von einem ihnen zugrundegelegten Marktgegenstand (dem *Basiswert*) abhängig (= abgeleitet) ist. Das können wieder die schon bemühten Schweinebäuche sein, aber genauso gut Rohstoffe, Devisen, Schuldverschreibungen, Staatsanleihen, Termingelder, Aktien ... Sogar auf das Wetter und seine Kapriolen könnte (im Extremfall) spekuliert werden: Dann sind Basiswerte Tagestemperatur, Niederschlag usw., die für das Spekulieren auf Ernterwartungen herangezogen werden.

Bei Derivatgeschäften wird also von solchen x-beliebigen Werten ausgegangen und auf deren Entwicklung spekuliert. Man nennt so etwas Terminkontrakt, auch Termin- oder Optionsgeschäfte. Die Option beinhaltet dabei das Recht, ein Produkt oder ein Wertpapier (allgemein: einen „Basiswert“, also auch die Niederschlagsmenge in Kalkutta z. B.) erst später zu einem vorher festgesetzten Preis zu verkaufen oder zu kaufen. Kauft man nicht und lässt die Option verfallen, wird daraus ein „bedingtes Termingeschäft“. Nicht einmal der Basiswert muss dabei bar bezahlt werden; man begnügt sich mit der Differenz

(„Barausgleich“), also mit dem Gewinn – oder Verlust.

Man bedarf zu solcher Spekulation nicht mehr des Baren. Die solide Basis der Produktion, also der Realwirtschaft, ist endgültig verlassen. Die Finanzblase ist kreierte: Geld ist vom Tauschmittel zum reinen Selbstzweck entfremdet und realiter nicht mehr vorhanden: Es ist zum *Buchgeld*² verkommen, steht nur mehr in Computern und repräsentiert weder reale Ware, noch gedeckte Werte.

Vom Unwert der Produktion

Bei solchen Geschäften steigt das Risiko zwar nicht ins Unermessliche (mehr als die Differenz zum Barwert verlieren kann man auch da nicht), aber der Kick erfolgt rasch(er): zum vereinbarten Termin nämlich. Ab jetzt geht's jedoch nicht mehr um die Produktion, sondern nur um vereinbarte Werte – und um deren Eintreffen oder nicht. Wer als Basiswert die Aktie eines x-beliebigen Unternehmens gewählt und auf Steigen („Long“) oder Fallen („Short“) gewettet (gesetzt) hat, für den ist diese Aktie nur mehr Spielball; die eigentliche Produktion des Unternehmens hat nur insofern Bedeutung, als – mitunter – der Wert der Aktie davon abhängig sein kann, aber nicht muss. Die psychologische Tangente ist weitaus wichtiger als die reale. Die Aktien des Buchhandelsriesen *amazon.com* waren seit der Gründung der Firma vor 20 Jahren als Start-up fast ausnahmslos im Steigen gewesen, obwohl die Firma bis ins letzte Jahr hinein vorwiegend Verluste verursacht hatte. Allein das Image des Unternehmens – und weil jedermann darauf setzt! – ließ den Wert der Aktie immer höher klettern, so dass die Firma (wir dürfen nicht vergessen: Aktien sind Anteilsscheine eines Unternehmens) buchmäßig tatsächlich liquide (wenn auch maßlos überbewertet) war. Die Realverluste wurden durch den aufgeblasenen Aktienwert buchhalterisch wettgemacht.

Wenn sich derartige Überbewertungen nicht „von selbst“ einstellen, wird nachgeholfen und das Unternehmen „gesundgeschrumpft“. Dies erfolgt über Einsparungen auf der Kostenseite (Entlassung von Arbeitskräften, Auspressen der Zulieferer) und Einspeisen der (Noch-) Gewinne in die Finanzblasenwirtschaft. Mit Produktion Gewinne zu machen, ist mühsam und dauert; auf dem Derivatmarkt Gewinne zu machen, geht rasch: dank Wertemanipulation, auch Insidertrading genannt. Bedeutende Firmen erwirtschaftete(n) mit Derivathandel bereits mehr als mit ihrer Realproduktion; Siemens sei hier stellvertretend genannt.

Mit Insidertrading (in manchen Staaten, z. B. den USA und in Österreich, verboten), also abgesprochenem Up- oder Downpushen von Aktien(paketen) oder Commodities, wird das Zocken zum Regelverstoß: Erst damit wird gezielt Geld gemacht ohne es drucken zu müssen. Die Ölpreissprünge zwischen 2008 (im Sommer auf bis zu 140 US-Dollar) und 2009 (in den ersten beiden Monaten herunter auf 40 US-Dollar) sind mit dem „freien Spiel des Marktes“ (und dem Märchen von Nachfrage und Angebot) nicht mehr zu erklären. Wer dahintersteht, kann nur vermutet – oder erschlossen – werden, denn: Wer massiv auf steigende Basiswerte („Long“) spekuliert, hat Interesse, dass diese auch erreicht werden, und wer auf fallende („Short“) setzt, dass dies auch geschieht. Wie aber anstellen, dass etwas steigt oder fällt? Vor allem Private-Equity-Gesellschaften (= „Heuschrecken“; die vom Kapitalgeber eingegangenen Beteiligungen sind nicht an Börsen handelbar) ordern solange einen bestimmten Wert (Öl, Pfund, Getreide, eine Aktie, Fondpapiere) über Leerverkäufe (der Verkäufer einer Ware, eines Währungsbetrags oder eines Wertpapiers besitzt diese gar nicht und hofft auf deren Fallen, daher auch „Short Sale“ genannt) und den Leverage-Effekt (mit billigem Fremdkapital wird die eigene Rendite finanziert), bis dieser Wert (weil die Kauforder die Verkäufe übersteigen) so deutlich steigt, dass andere Börsianer auf den bereits fahrenden Zug aufspringen und nun mit ihrem (!) Geld und ihren Käufen den Wert weiter in die Höhe treiben. Jetzt können sich die Insidertrader der bewusst losgetretenen (!) Hausse³ zurücklehnen: Sie haben ihr Kapitel (das nie aus barem, sondern billigst besorgtem Buchgeld oder Besicherungen anderer Wertpapiere bestand!) optimal investiert. Jetzt treiben die anderen mit ihrem Geld (dann jedoch meist barem: dem der ahnungslosen Kleinanleger nämlich) den Wert weiter in die Höhe.

Das Verlockende an Spekulationen im Derivatsektor ist, dass dazu von den eigentlichen Finanzhaien im Prinzip gar kein Bargeld nötig ist

Die Finanz-(= Buchgeld-)Blase bläht sich.

Heuschrecken

Beim ersten Anzeichen des Abflachens einer Hausse (was zu erkennen im Zeitalter der Computerprogramme – wenn man über sie verfügt! Und die Richtigen verfügen über sie! – ein Klacks ist) setzen deren Auslöser auf stark fallende Kurse – und auf Termin: Sie gehen „short“. Das (dumme) Volk der nachlaufenden Börsianer sieht die Kurse fallen, verkauft in Panik, die Werte sinken tatsächlich (Ölpreis zu Beginn 2009: knapp 40 US-Dollar) – und die auf Baisse⁴ spekuliert Habenden kassieren ein zweites Mal: und zwar genausoviel wie bei der Hausse! Der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat derartige Praktiken im April/Mai 2005 mit einer Heuschreckenplage verglichen; seither hat sich der Begriff gehalten und in der Finanzwelt durchgesetzt.

Einsatz der Heuschrecken: faktisch Null, weil nur mit Buchgeld oder mit schon vorher in die Überbewertung gezockten Werten die Hedge-Fonds (= Investment-Fonds mit spekulativer Anlagestrategie) gespeist worden waren und mit ihnen long und short gegangen worden ist. Pech für jene (z. B. Staaten, Bundesländer, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Halb- oder Ganzstaatsbetriebe, aber auch Banken), die während der Hausse Bargeld (Steuergelder, Spareinlagen, Pensionsfonds, Rücklagen von Firmen, Verkaufserlöse, Streikgelder der Gewerkschaften etc.) in diese Hedge-Fonds (z. T. illegal), eingebracht hatten. Das ist jetzt wirklich fort – und fehlt: Ländern, Gemeinden und auch staatsnahen Betrieben wie den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) für geplante Investitionen, den Banken auf ihrer Habenseite der Bilanz, den Firmen für Rücklagen, Gewerkschaften zum Streiken etc.) D. h.: Fort ist das Geld nicht: Es ist „nur“ bei jenen, die den entsprechenden Spekulationswert erfolgreich hochgetrieben und dann wieder – noch erfolgreicher – haben fallen lassen.

Jetzt ist der Realwirtschaft ein zweites Mal Schaden zugefügt worden (das erste Mal durch Abziehen von Geldern aus der Real- in die Finanzblasenwirtschaft): Die Produktion der Unternehmen kann nach dem Verlust ihrer zwischengeparkten Gewinne (oder ihres eingesackten Geldes gutgläubiger Anleger zur Aufstockung ihres Kapitals) nicht mehr mit Eigen-, sondern muss, wenn überhaupt, mit Fremdmitteln weitergeführt werden. Auf diese Weise haben z. B. in Österreich die ÖBB 600 Millionen Euro in den Sand gesetzt. Das Land Niederösterreich, die Stadt Wien und andere Teile der „öffentlichen Hand“ halten sich über die Höhe ihrer auf diese Weise (illegal? Seit wann darf mit Steuergeldern gezockt werden?) eingefahrenen Verluste noch bedeckt. Die Folgen: Die Bilanzen der öffentlichen Hand geraten in Schiefelage, Fremdfinanzierung wird – wegen verminderter Bonität⁵: das begehrte Triple A „wackelt“ – schwieriger, was alle Investitionsvorhaben verteuert oder schlicht verunmöglicht. Der ÖGB musste sogar seinen Besitz verkaufen ...

Das Verlockende an Spekulationen im Derivatsektor ist, dass dazu von den eigentlichen Finanzhaien im Prinzip gar kein Bargeld nötig ist, denn – siehe oben – schlagend werden ja nur die Differenzen zwischen Basiswert und erspekuliertem Wert. Bei allen Wertebewegungen hinauf oder hinunter wird der angepeilte (= „erspekulierte“) Wert ja immer (!) von den Initiatoren selbst bestimmt – und auch erreicht. Das Risiko ist – für die Hintermänner – gleich Null, und die garantierten (!) Gewinne akkumulieren sich: als Buchgeld. Da aber durch das Mitspielen der Unbedarften auch reales Geld vernichtet wird, fehlt dieses dann tatsächlich dem Bargeldkreislauf – und muss entweder nachgedruckt (was die EZB⁶ noch verhindert, die FED⁷, die Zentralbank der USA – sie besteht aus dem *Board of Governors*, zwölf regionalen *Federal Reserve Banks* und einer Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen⁸ – aber *exzessive* betreibt) oder durch Haftungsübernahmen (des Staates) als Schulden der öffentlichen Hand ausgewiesen werden.

Jede Vermehrung des Geldumlaufs ist gleichbedeutend mit Erhöhung auch der Schulden und damit der Einnahmen über den Zinsezins

Im Falle des Gelddrucks (den Weg, den die USA genommen haben!) ist die – stets erwünschte! – Inflation initiiert: Denn jede Vermehrung des Geldumlaufs ist gleichbedeutend mit Erhöhung auch der Schulden und damit der Einnahmen über den Zinsezins. Und frisches Geld (in US-Dollar) zum Erweitern der Finanzblase wird tatsächlich von der FED, die fälschlich als „Nationalbank“ bezeichnet wird, was sie aber nicht ist, nachgeliefert. Damit wird neuerliches Hinauftreiben beliebiger Werte ermöglicht und der Appetit der Ahnungslosen auf abermaliges Mitmachen angeregt. Die eiserne Börsenregel lautet nämlich wie am Roulettetisch: Verluste müssen sofort wettgemacht werden – zumindest muss es versucht werden. Die Finanzblase bläht sich von selbst. Die Gewinne ihrer Hintermänner steigen jetzt wirklich ins Unermessliche, denn es gibt keine Grenze nach oben: außer die von den Finanzhaien selbst gesetzten.

Und: Niemand kann etwas dagegen tun! Es ist Monopoly pur.

Wer aber sind diese Betreiber?

Dumme Opfer – oder wissende Mitspieler?

Kein Staat – *der* am allerwenigsten – hat soviel Geld, bzw. verfügt über so umfangreiche Anlagen, um sich derartige Finanzmanipulationen leisten zu können: Alle Industriestaaten (!) haben heute Budgetdefizite und horrenden Schulden; die höchsten haben die USA, nämlich über 300 Billionen US-Dollar (Stand: März 2009) ... Außerdem wäre das auch nicht Aufgabe eines Staates ...

Die Banken? Banken sind – von ihrer Anlage her – Pfandleihanstalten: Sie verborgen Geld und nehmen dafür Sicherheiten „in Pfand“ – bevorzugt Immobilien, aber auch (in Österreich) Bausparverträge, Wertpapiere, Versicherungspolice, Sparbücher, Aktien, Anleihen, Werte also, die dem verborgten Geld an Wert entsprechen und das Risiko des kreditgebenden Bank in Grenzen halten. So war es jedenfalls, als die Finanzhaie noch keine Derivate und Hedge-Fonds erfunden hatten und die Banken ordentlich gebarten. Mit der Hausse der letzten Jahrzehnte (Dow Jones auf über 11.000 US-Dollar!) wurde die Bankgebarung allerdings lockerer gehandhabt: Hatte man in Europa in der Regel bis vor der Krise eine Immobilie nur bis zu maximal 60 % ihres Zeitwertes belehnt, war man in den USA längst dazu übergegangen – im „Vertrauen“ darauf, dass jede Immobilie im Wert nur steigen könne –, Grundstücke und Häuser auf bis zu 120 % ihres Zeitwertes zu belehnen. Und: Die

Eigenkapitalquote der Banken wurde – man wollte das Kreditgeschäft ja beleben, was immer man darunter auch verstanden hatte – sukzessive auf 4 % gesenkt. Die Mindestreserve bei der EZB beträgt zurzeit gar nur 2 % der Sichteinlagen der Geschäftsbanken.

Die – ehemals – hohen Einlagezinsen, die europäische Banken ihren Sparern zahlten, mussten verdient werden. Und da der österreichische (Kredit-)Markt schon fast gesättigt war, wick man auf den osteuropäischen aus, der ja enormen Nachholbedarf hatte: Bis zum Doppelten des österreichischen Bruttonormalprodukts (BSP) – 600 Milliarden Euro – wurden auf diese Weise in die osteuropäischen Staaten – mit fragwürdigen Besicherungen – als Kredite transferiert, rund 278 Milliarden davon (85 % des BSP!) waren im März 2009 davon noch ausständig und werden wohl so rasch nicht bedient werden. Kein anderes EU-Land hat sich in den „Reformstaaten“ so etabliert, sehr zum Zorn der Deutschen, den wir Österreicher jetzt zu spüren bekommen: als Weigerung, sich am von Österreich geforderten „Osteuropapaket“ zu beteiligen. Als Folge der Finanzkrise schmelzen den Banken die als „Besicherung“ hinterlegten Wertpapiere und Haftungen (die ihrerseits wieder mit faulen Krediten „besichert“ waren) dahin. Wieviel davon wirklich versenkt wurde, wird geheimgehalten. Das Engagement von *ERSTE*, *Bank Austria (BA)* und *Raiffeisen* soll bereits bis zu 80 % seines Wertes verloren haben. Zusätzlich wurden von ihnen in Island 2,7 Milliarden Euro verzockt, davon rund eine Milliarde von Raiffeisen alleine ... Der Staatsbankrott Islands (aufgefangen vom Weltwährungsfonds) war gegen die Verschuldung Österreichs aber nur ein Klacks und bloß eine Fußnote in der Weltberichterstattung.

Der Staatsbankrott Islands (aufgefangen vom Weltwährungsfonds) war gegen die Verschuldung Österreichs nur ein Klacks

Als Folge dieser desaströsen Entwicklung in Österreich sind die Kurse der betroffenen engagierten Banken und Versicherungsgesellschaften ins Bodenlose gefallen. Für das Banken-Osteuropa-Engagement hat die österreichische Bundesregierung einen „Bankenschutzschirm“ von rund 200 Milliarden Euro geschnürt: Damit haftet sie für die erwarteten Ausfälle: Wird die Bundeshaftung schlagend, wäre Österreich pleite. Dies wird zwar vom Präsidenten der Österreichischen Nationalbank (ÖNB), Ewald Nowotny, empört zurückgewiesen (z. B. in der ZIB 2 vom 12. März 2009), aber hinter gar nicht mehr so vorgehaltener Hand vor allem von den USA und Deutschland kolportiert: um es Österreich „heimzuzahlen“, weil es sich in Osteuropa so – bis 2008 zumindest – erfolgreich engagiert hatte und den deutschen und US-amerikanischen Banken die „Beute“ vor der Nase weggeschnappt hatte? So jedenfalls konnte man das Statement Andreas Treichls, des Chefs der ERSTE-Bank im Mittagsjournal des ORF vom 11. März 2009 interpretieren.

Besichert wurde diese Geldmenge von den heimischen Banken (vornehmlich ERSTE-Bank, BA und Raiffeisen) natürlich nicht nur mit den Einlagen der osteuropäischen Sparer in deren Banken, sondern – und vor allem – über hochriskante Hedge-Fonds, mit denen man sich sein Osteuropa-Risiko abzusichern hoffte. Nicht die österreichische Bankenaufsicht, nicht die Nationalbank, nicht die Regierung wackelten auch nur mit einem Ohr ...

Wird die Bundeshaftung schlagend, wäre Österreich pleite

Solange die Kreditrückzahlungen zeitgerecht einlangten und die Hedge-Fonds hielten, schwammen die Banken – international – in Geld und wussten gar nicht, wohin damit. Sie erhöhten aber nicht etwa „freiwillig“ ihre Mindestreserve bei den Nationalbanken (solche wurde auch nicht eingefordert!), sondern spekulierten weiterhin auf dem Derivatmarkt oder drängten den Regierungen (vor allem jener der USA, die kräftig Geld brauchte, um ihre Kriege zu finanzieren) Geld auf: als „Staatsanleihen“, in Österreich in Form von Kassenobligationen „Bundesschatzscheine“ genannt. Denn: Regierungen konnten nie genug Geld kriegen, vor allem jene der kriegsführenden Staaten ... Und die

der nicht kriegsführenden (wie Österreich z. B., das sich aber als Ordnungsmacht – EUFOR – an Quasi-Kriegen beteiligte, ab März 2009 sogar unter UN-Mandat, wie z. B. im Tschad) verschuldeten sich wissentlich, um – aus politischem Kalkül – den hohen Lebensstandard ihrer Bevölkerung(en) weiterhin garantieren zu können – ohne aufgrund missliebiger Steuererhöhungen das Wahlvolk verstimmen zu müssen ... Von einer Maximalverschuldung von 3 % des Budgets in der EU (Maastricht-Kriterium) war schon lange keine Rede mehr – eine Marge übrigens, die schon zuvor durch „Ausgliederungen“ schlicht manipuliert worden war. Und in den USA war ohnedies schon jeder Damm – bewusst! – gebrochen (worden) ...

Demokratie hat eben ihren Preis – entweder als beizubehaltender Wohlstand wie in Europa, oder z. B. im (Irak-) oder Afghanistan-Krieg der USA und deren „Allies“... Kein Wunder, dass Großbritannien, der engste Verbündete von George W. Bush, heute wirtschaftlich darniederliegt ...

Es geht nur um die Macht

Warum wurden und werden solche Kriege eigentlich geführt? Haben moderne Kriege mit Hedge-Fonds und Finanzblasen zu tun? Auf den ersten Blick nicht, auf den zweiten sehr wohl. Denn: Was geschieht eigentlich mit all dem Geld, das die Veranstalter des Welt-Monopoly schöpfen, teils ohne es drucken zu müssen, teils aber sehr wohl auch durch reale Vermehrung des „Greenbacks“ als Weltwährung?

Sie werden *nicht* in Produktionen investiert, um das Leben auf Erden ersprießlicher und erträglicher zu gestalten – um das zu bewerkstelligen, hätte es nicht des Umwegs über die Finanzblase bedurft. Das macht nicht wirklich reich – und mächtig. Wirkliche Macht besteht nicht darin, besonders gute Autos zu bauen, äußerst wirksame Sozialsysteme zu generieren, Krankheiten zu besiegen, Arbeitszeiten zu verkürzen, Wohlleben für alle anzupeilen. Wirkliche Macht besteht darin, alleine bestimmen zu können, was geschieht – und keinen Widerspruch mehr fürchten zu müssen, ja Widerspruch erst gar nicht aufkommen zu lassen! Geld macht nicht glücklich: Dies vermag nur Macht – bei Männern!

Wirkliche Macht besteht darin, sie auch ungezügelt und uneingeschränkt („Willkür“ im harmlosen Fall, „Diktatur“ und „Tyrannei“ im politischen) durchsetzen zu können. Das geht freilich nur via weltweite Verfügungsgewalt über Energie (zurzeit Erdöl, aber auch Atomlobby, Wind- und Bioenergie), unbeschränkten Zugang zu den (limitierten) Wasserreserven und totale Verfügbarkeit über die Nahrung – was nur über hybrides Saatgut erfolgen kann. Auf allen drei Gebieten sind die USA führend ...

Wirkliche Macht besteht darin, sie ungezügelt und uneingeschränkt durchsetzen zu können

Der Irak-Krieg mit seinen 700.000 Toten und 1,5 Millionen durch die vorherigen Sanktionen Getöteten wurde von der Bush-Administration nur deshalb losgetreten, weil der ehemalige Vasall der USA, Saddam Hussein, nicht mehr tat, wie er sollte, sondern im erlegenen Machtrausch eines orientalischen Potentaten seine Ankündigung wahrzumachen drohte, sein Öl nicht mehr in US-Dollar, sondern in Euro fakturieren lassen zu wollen. Das kam natürlich einem Frontalangriff auf den geheiligten „Greenback“ der (ehemals) größten Wirtschafts- und (leider noch immer, zumindest bis auf weiteres) auch größten Militärmacht der Welt gleich: Man beißt nicht die Hand, die einen füttert ... Und es bedeutete, die Weltwährung Dollar beschädigen zu wollen. Letztlich war den Drahtziehern hinter der Marionette George W. Bush diese Androhung (und nur sie war es; die angeblichen Massenvernichtungswaffen waren nur als Kriegsgrund dafür erfunden worden!) gar nicht so ungelegen gekommen, denn irgend etwas hätten die USA ohnehin unternehmen müssen, um sich den Zugang zu den reichsten Ölvorkommen der Erde für die nächste Zukunft (alle Zeiten?) zu sichern: Und da sich diese Ölvorräte vom Kaspischen Meer über den Iran und Irak bis nach Saudi Arabien erstrecken, musste der nicht mehr botmäßige Hussein eliminiert werden.

Aus demselben Grund und weil der Iran noch „im Wege“ ist, wird das nächste Angriffsziel der USA – oder Israels als des Vasallen Nr. 1 der USA, ihr „unsinkbarer Flugzeugträger im Nahen Osten“ – wohl der Iran sein: wahrscheinlich noch 2009, wozu die – von wem wohl? – absichtlich herbeigeführte Finanzkrise ein trefflicher Grund sein wird ... Hat doch auch bereits Irans Ministerpräsident Mahmud Ahmedinedschad angekündigt, seine Ölverkäufe in Euro fakturieren zu wollen. Warum sind die USA (noch und vorgeblich!) so entschiedene Gegner des Nabuko-Pipeline-Projekts? Sollte es wirklich Zufall sein, dass die Bush-Administration Iran als „Schurkenstaat“ an die erste Stelle gerückt hatte, gleich gefolgt von Syrien, dem man auch eine Uranaufbereitungsanlage nachgesagt hatte, die zwischenzeitlich erfolgreich – von Israel – lahmgelegt worden ist?

Der irakischen Landwirtschaft wurden von der Besatzungsmacht Hybride aufgezwungen, um sie von den US-amerikanischen Saatgutfirmen abhängig zu machen

Unvermutet hat sich plötzlich die Geopolitik in die Finanzblasenwirtschaft gedrängt, und tatsächlich hat die Finanzblase viel, wenn nicht alles mit Geopolitik, also Macht zu tun! Eindeutig ziehen diejenigen, die den Erdölpreis manipulieren – und die Preise von Nahrungsmitteln wie Weizen, Soja, Raps und überhaupt alles, was zur Produktion von Biosprit dient, obwohl die Sache mit der „Biosprittfläche“ zur Rechtfertigung der hohen Nahrungsmittelpreise hochgespielt wurde – an jenem Strang, um über die geplanten und gezielt zum Platzen gebrachte Finanzblase endgültig an ihre angepeilte Macht zu gelangen. Wie kräftig der Food-Sektor mit hereinspielt, war u. a. auch daran zu erkennen, dass die US-Administration sofort nach ihrem „Sieg“ im Irak allen dortigen Bauern verbot, von den jeweiligen Ernten Saatgut aufzubewahren. Vielmehr wurden ihnen über von der Besatzungsmacht erlassene Gesetze Hybride aufgezwungen, um die irakische Landwirtschaft von den US-amerikanischen Saatgutfirmen völlig abhängig zu machen (Monsanto).

Finanzkrise – Erdölpreis – Nahrungsmittelspekulation – Hybridisierung des Saatguts – Energiedominanz (vorläufig über die Achse Nahost-Kaspisches Meer): eine echte unheilige Allianz und die eigentliche „Achse des Bösen“!

Getriebene Regierungen

Ganz offensichtlich sind die Regierungen – auch jene der USA – mit denjenigen, die das alles zielbewusst betreiben, *nicht* identisch, wenn auch manche – die der USA allen voran – zu bloßen Handlangern der Finanzmafia verkommen sind! Wer traute den zumeist unbedarften Mitgliedern (im Großen dem „wiedergeborenen Christen“ George W. Bush, in ganz Kleinen z. B. der österreichischen Bundesregierung) tatsächlich aktive Verbindungen dorthin zu, wo das Weltgeschick entschieden wird? Wohl sagt man dem einen oder anderen (Ex-)Minister oder -kanzler Österreichs Mitgliedschaft(en) bei der einen oder anderen Elitegruppe nach – aber selbst solche Bilder bergen kaum jene Sprengkraft, die wirklich nötig ist, das zu initiieren,

was zur Zeit geschieht: mit Volldampf in den bewusst herbeigeführten Crash (warum, zeigt sich noch weiter unten)!

Vielmehr befinden sich – fast alle! – westlich orientierten Regierungen im Würgegriff jener Finanzmanipulanten, denen kürzlich erst ihre acht Jahre lang nützliche und leicht lenkbare Strohfigur abhanden gekommen ist. Der neue Präsident Barack Hussein Obama (irgendwelche Fehler passieren auch den Think Tankern) scheint offenbar (noch) nicht zu parieren. (George W. Bush tat dies ja auch erst nach 9/11.) Einige – sehr mutige – Kommentatoren mutmaßen aber bereits jetzt, dass „Yes, we can!“ nur ein Bluff gewesen sein könnte. Die Zukunft wird es ja zeigen: Entweder ändert Barack Hussein Obama die Politik der USA nicht bis nur marginal, oder auch er wird der höchstverschuldeten Nation der Welt abhanden kommen. Immerhin wird der amtierende Präsident (noch) besser geschützt als sein Vorgänger, und Lincolns und Kennedys Schicksal sollte kein Aufmerksamer und Besorgter mit Durchblick jemals vergessen. Beide Präsidenten wollten übrigens das jeweils bestehende System ändern, Kennedy im Besonderen jenes der in der FED zusammengeschlossenen Banken und das von ihnen installierte: nämlich jenes, das der Aufhebung des Bretton-Woods-Systems⁹ (in Kraft von 1944–1973) folgte! Morgan Tsvangirais Autounfall vom 6. März 2009 in Simbabwe mag als müdes Beispiel dafür herhalten, was alles vorkommt ...

Alle Regierungen (= Staaten) haben zu wenig Geld und ihrerseits Schulden und müssen sich das Geld für die angesichts der Finanzkrise überhandnehmenden „Haftungen“ borgen: via Staatsanleihen. Das Geld dafür kommt u. a. auch von jenen Banken, für die gehaftet wird. Diese Haftungsübernahmen werden versichert: über sogenannte Credit Default Swaps (CDS), also Kreditausfallsversicherungen, die den Staaten gewährt werden. Die Rückversicherer verlangten für ihr Insolvenzrisiko Österreich gegenüber im Februar 2009 +105 Basispunkte, also ein halbes Prozent pro Jahr Laufzeit; für die Haftungen Island gegenüber (das schon bankrott ist) waren es +114, für die Regierung der USA wurden hingegen nur (unverständliche) +68 Basispunkte berechnet. Letzteres ist aber – bei rechtem Licht betrachtet – kein Wunder: Der US-Staat ist das (Militär-)Instrument, mit dessen Hilfe die Think Tanker ihr Machtziel erreichen wollen ... Österreich hingegen, das sich im europäischen Osten – gegen das Interesse der in den USA Tätigen – so engagiert hat, soll finanziell in die Knie gezwungen werden. Man sollte die Ablehnung der EU, Österreich in seinem osteuropäischen Desaster zu unterstützen (z. B. ausgesprochen am 7. März vom EU-Vorsitzenden Manuel Barroso in Wien), einmal unter diesem Aspekt betrachten ... Anfang März lag der CDS-Satz bereits (für Österreich) bei 261,1 Basispunkten, also 2,61 %, während er für Italien „nur“ 192,5 betrug ... Am 10. März wurde auch Rumänien (nach Lettland und Ungarn) beim Weltwährungsfonds um Unterstützung vorstellig.

Finanzkrise – Erdölpreis –
Nahrungsmittelspekulation –
Hybridisierung des Saatguts
– Energiedominanz: eine
echte unheilige Allianz und
die eigentliche „Achse des
Bösen“

Regierungen lassen sich also durch die von der bewusst herbeigeführten prekären Lage von den einheimischen Banken und deren Rückversicherern dazu zwingen, „Bankenschutzschirme“ aufzuspannen: Wie oder wen sollten Regierungen denn auch regieren, wenn ihr Land nur mehr über bankrotte Banken verfügt und die Bevölkerung meutert? Über die CDS verdienen daher jene sie gewährenden Banken doppelt: Haftungsübernahmen sind *die* Verdienstsquelle schlechthin!

Denn wird die Haftung schlagend – wenn die Geschäftsbank(en) insolvent werden (was aufgrund des losgetretenen Crashes ja eintreten muss!) –, haftet der Staat den Sicherungsgebern mit seinem Vermögen. Viel Aktiva haben heutige Staaten aber nicht mehr – ihre Verbindlichkeiten (Staatsschulden) übersteigen leicht ihre Liquidität, und an Realaktiva (Volksvermögen) haben sie im letzten Jahrzehnt des hemmungslosen Neoliberalismus („Neocons“) schon das meiste verschertelt: über sogenannte „[Cross-Border-Leasing-Verträge](#)“ (ZeitGeist berichtete, u. a. in [Heft 1/2004](#)). Die Masche? Gemeinden und/oder staatsnahe Betriebe verkaufen ihre kommunalen (oder auch gesellschaftseigenen) Werte (an US-Banken und Konsortien) – und leasen sie dann zurück. So hat – in Österreich – die *TIWAG* ihr Kraftwerk Sellrain-Silz an die Amerikaner verhökert, acht Donaukraftwerke gehören nicht mehr den ursprünglichen Betreibern, die Wiener U-Bahn und Straßenbahn, Teile des Wiener Kanalnetzes, des Strom- und Gasnetzes des Burgenlandes, des Wagen- und Lokomotivparks der ÖBB, Signalanlage, Fernwärme, Flugsicherung, Posteinrichtungen wie Sortieranlagen usw. usf. wurden, vom Rathaus bis zur Wasserversorgung, verkauft und zurückgeleast. Die dafür erlegten Kaufpreise, ursprünglich dafür gedacht, die Schulden von Staat, Gemeinden und öffentlichen Unternehmungen wie z. B. der ÖBB zu minimieren, gingen und gehen mit den Banken, in denen die Vermögen geparkt waren, flöten – was bleibt, sind die Leasingverträge, manche von ihnen auf 250 Jahre abgeschlossen.

Das Geld für die staatlichen Haftungen kommt u. a. auch von jenen Banken, für die gehaftet wird

Hinter solchen aberwitzigen Finanzierungsmethoden soll daher kein System, sprich keine Absicht stehen? Und auf solche Konstruktionen sind Generaldirektoren und Landeshauptleute hereingefallen – und werden (zumindest letztere) dafür auch noch wiedergewählt?

Normalerweise hat eine Bank ein Kreditausfallsrisiko pro Jahr in der Höhe von ein bis zwei Prozent der Gesamtkreditsumme (wie bereits beschrieben). Durch die Krise erhöht sich der Rückzahlungsausfall aber auf sechs bis acht Prozent – nach vorsichtigen und aus politischen Gründen wohlwollend gehaltenen Schätzungen und Studien. Da sind aber die Ausfälle in Osteuropa noch gar nicht miteingerechnet! Bei den niedrigen Kernkapitalquoten der

Banken (4 %; siehe oben; die ÖNB hat sie im Februar 2009 auf 8 % erhöht, was ein Grund mehr war, dass Geld aus dem Bankenschutzschirm nur in die ÖNB geflossen ist, nicht aber in den Kreditmarkt, wo man es bitter benötigt hätte!) geht den Banken aber durch die erlittenen Verluste das Geld aus – und sie selbst pleite. Wenn der Präsident der ÖNB beschwichtigt und meint, er stelle Mittel für die Hebung der Eigenmittelquote zur Verfügung, dann gesteht er – unausgesprochen – ein, dass er den Banken damit das Geld für die Kredite an die Wirtschaft quasi entzieht ... Denn beides geht nicht: Erhöhung der Bankeigenkapitalrate und gleichzeitig das Füllhorn der Kredite über die Wirtschaft auszugießen.

Es wird daher auch für die meisten Geschäftsbanken der USA (mit Ausnahme jener in der FED zusammengeschlossenen natürlich!) und zumindest für die größten und größeren der EU, also auch jene Österreichs, für den Sommer 2009, spätestens jedoch für 2010 deren Insolvenz erwartet und in der Folge die Pleite der für sie haftenden Regierungen: Die Staatsbankrotte sind – als Teil der Strategie – vorprogrammiert.

Das Crash-Szenario 1

Was passiert mit insolventen Banken und bankrotten Staaten? Die einzigen – ehemals realen – Gelder (die jetzt freilich nur mehr wertloses Giralgeld² sind) sind ja die Einlagen der Sparer, die nach wie vor auf der Habenseite der pleite gegangenen Banken stehen: Die faulen Kredite waren ja uneinbringlich, die ins Bodenlose gefallene Aktien der Geldinstitute sind nichts mehr wert, und die vormals gewährten Staatsanleihen sind in fremder (US-amerikanischer) Hand. Sie reichen auch nicht aus, die Sollseite auszubalanzieren.

So bleiben nur zwei Möglichkeiten: Die brutale wäre die De-facto-Enteignung der Einlagen der Sparer

So bleiben nur zwei Möglichkeiten: Die brutale wäre die De-facto-Enteignung der Einlagen der Sparer, indem man Auszahlungen aussetzt, verzögert, glatt verweigert oder durch (wertlose) Obligationen substituierte. Ein sofortiger Aufstand (= Bürgerkrieg) der um all ihre Ersparnisse Gebrachten wäre die Folge.

Oder die weniger brutale, aber in den Konsequenzen im Endeffekt identische: Das wäre das absichtliche Hervorrufen (!) einer (Hyper-)Inflation: über die Erhöhung von Tarifen, Gebühren und Steuern, Einfrieren von Bezügen, Absenken der Pensionen, Kürzen von Sozialausgaben, Erhöhen von Selbstbehalten – und Gewähren von Krediten an Bevorzugte, der aber eine reale Ausweitung des Geldumlaufs über das Anwerfen der Notenpresse vorausgehen müsste: alles Methoden, die zurzeit in den USA angewandt werden. Damit verlieren die Ersparnisse der Einleger rasch an Wert. Geld würde panisch abgehoben – soweit gestattet –, um in Realwerte zu flüchten oder bloß zu überleben. Flucht in Waren heizt die Inflation weiterhin an (wachsende Nachfrage lässt die Preise steigen), bringt aber den stotternden Wirtschaftsmotor wieder zum Laufen – allerdings auf Kosten der sukzessive um ihre Ersparnisse gebrachten Werkstätigen. Der Wert auf den Sollseiten der Bankbilanzen verringerte sich, durch die nun neu angesprungenen lockeren Kreditvergaben (mit Eigentumsvorbehalten natürlich!) färbten sich die roten Zahlen der Bankbilanzen allmählich wieder schwarz ... Die Produktion der bisher lahmen Industrie spränge an, Arbeitslose würden – zu Hungerlöhnen allerdings – eingestellt, Steuereinnahmen begännen zu tröpfeln: Die eben um all ihre Ersparnisse Geprellten arbeiteten quasi umsonst und ein zweites Mal, um sich das eben Verlorene wieder zu erwirtschaften – zumindest versuchten sie es. Aber es würde ihnen (alleine schon aus biologischen Gründen; die meisten stürben nämlich vorher) nicht mehr gelingen.

Der tertiäre Sektor bräche übrigens ganz weg, denn Dienstleistungen könnte sich dann niemand mehr leisten ... Was das für das Urlaubsland Österreich bedeutete, bedarf keiner Erklärung!

Was im Kommunismus die Ausgangslage, ist im Kapitalismus das Endziel – die Konzentration aller Macht in der Hand einiger weniger

Gehen wir zurück zur Deflationsphase vom März 2009. Unternehmen (und nicht die kleinsten, man denke an die anstehende Insolvenz von *General Motors* z. B.) krachen, setzen Arbeitskräfte frei (alleine in Österreich waren es zu Beginn März 2009 300.000, um 24 % mehr als im Vorjahresmonat; für Ende 2009 sind gar bis zu 600.000 prognostiziert), suchen um Intervention (= Subvention) durch den Staat an, bekommen eine solche (z. B. mehrmals *General Motors* und *Chrysler* in den USA) oder auch nicht (z. B. *Saab* in Schweden und *Continental* vulgo Maria-Elisabeth Schaeffler in Deutschland) und gehen dennoch (*General Motors* und *Chrysler*) pleite. Kleinere Unternehmen (u. a. Zulieferbetriebe oder extrem konjunkturabhängige Firmen wie Spediteure etwa) schlittern ohne Kredite und Interventionen gleich in den Konkurs. Sie

werden später als Schrottware um einen Bettel von – den Finanzhaien nahestehenden – Unternehmen aufgekauft und den sich auf diese Weise, gar nicht so heimlich, bildenden neuen Großkonzernen der US-Mafia einverleibt. Was Bruno Kreisky, Willi Brandt und Olof Palme in der Hoch-Zeit der europäischen Sozialdemokratien prophezeit hatten, tritt ein: Der Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus ist vernachlässigbar: Was im Kommunismus die Ausgangslage, ist im Kapitalismus das Endziel – die Konzentration aller Macht in der Hand einiger weniger.

Die alten Griechen nannten das „Oligarchie“. Und von Oligarchen spricht man seit dem Fall der Sowjetunion in Russland, wo sich einige Wenige (Wladimir Putin, Dimitri Anatoljewitsch Medwedew etc.) Macht und Kapital teilen. Oleg Deripaska sei hier

stellvertretend genannt, weil er mit Österreich so affin – STRABAG, Magna – ist bzw. war. Er ist übrigens einer der größten Verlierer der derzeitigen Krise; warum wohl? Ihr größter Gewinner hingegen ist Michael Bloomberg, der New Yorker Bürgermeister. Abermals: Warum wohl? Im März 2009 berichtete „Forbes“ vom Rückgang der Milliardärszahl: weltweit, mit Ausnahme der USA. In Russland seien die Milliardäre nur so dahingeschmolzen bzw. hätten am meisten verloren. Ebenso sei es den indischen und chinesischen Milliardären ergangen. Wer Ohren hat, der höre ... Wie unrecht hatte eigentlich Wladimir Putin, als er die USA beschuldigte, die Krise (zum eigenen Vorteil aber!) ausgelöst zu haben? In den USA heißen die Krisengewinner *Haliburton* und *Pioneer* ... Die eine Firma ist im Öl- und Rüstungsgeschäft tätig, die andere in der (Gentech-)Nahrungsmittelindustrie ... Selbst Bill Gates, noch immer mit über 31 Milliarden US-Dollar der reichste Mann der Welt, hatte Federn lassen müssen. Warum wohl? Gehört er etwa nicht zum „innersten Kreis“?

Ein kleines Zwischenproblem

Wie wendet man aber eine deflationäre Phase in eine (hyper)inflationäre? Denn Deflation (und die haben wir zurzeit in Mittel- und Westeuropa) bringt weder die Wirtschaft weiter, noch den Crash näher und ist letztlich den Zielen der Finanzmafia kontraproduktiv. Denn Deflation bedeutet Sinken der Preise, Sinken der Zinsen (die EZB hat ihre Zinsen am 12. März auf 1,25 % abgesenkt, die niedersten seit Bestehen der EZB) und Sinken der Erträge. Das Sinken auch vieler manipulierter Basiswerte hat über Hedge-Fonds, Leerverkäufe und das Leverage-System den Zockern hingegen ungeheure Gewinne beschert, vor allem bestimmten US-Milliardären ... Warum wohl?

Geldmenge ist immer gleich
Schuldenmenge

Jetzt müssen diese „gehorteten“ Werte aber wieder in die Höhe! Wie stellt man das an, wenn nichts dafür spricht? Denn selbst die dümmsten Börsianer (und das sind all jene, die nicht „mit dabei“ sind, also die meisten; nur wissen sie es nicht!) investieren nicht auf das Steigen von Aktien, wenn die Wirtschaft weltweit stagniert und Firmen und Staaten reihum pleite gehen. Denn der Anstieg der Arbeitslosenraten, das Krachen von Firmen, die exponentiell zunehmende(n) Verschuldung(en) von Regierungen, die anstehenden Verstaatlichungen von Banken sprechen eine andere Sprache. Dazu kommt, dass Kluge zunehmend ihr Geld von den Banken abziehen und es „in der Matratze“ horten bzw. es in unproduktive Anlageformen wie Gold und andere Edelmetalle (oder in Diamanten) investieren. Deshalb ist auch im März 2009 der Goldpreis so hoch, wie er niemals zuvor war! Wer zu diesen Preisen noch Gold kauft, dem ist wahrlich nicht zu helfen ...

Das alles sind keine Anreize, auf das Steigen der Basiswerte zu spekulieren. Am Freitag, dem 13. März 2009 stand der Dow Jones-Index (DJI) auf 7000 Punkten – und das „Ansteigen“ um 3,5 % am 12. wurde frenetisch gefeiert. Erinnerung sei daran, dass der DJI schon auf über 11.000 Punkte gewesen war. „Ansteigen“?

Wer nur mehr 0 % bis 1 % für sein auf der Bank deponiertes Geld erhält und keine Aktien mehr kaufen mag, der schläft lieber auf seinem Ersparnen – wenn er klug ist. Er hebt es vom Konto oder Sparbuch ab und bunkert es. Denn bevor der Wissende abwartet, dass seine Bank verstaatlicht wird (alle österreichischen Großbanken haben am 12. März den „Bankenschutzschirm“ in Anspruch genommen, auch die italienische *Uni Credit*, die Mutter der durch ihre Osteuropageschäfte ins Trudeln geratenen BA) und er sein Geld nicht mehr abheben kann (siehe oben), vergräbt es der Kluge lieber auf seinem Grundstück oder versteckt es sonstwo (Metallkassetten eignen sich wegen ihrer Detektiermöglichkeit jedenfalls nicht dazu!). Das mag zwar aufs Erste kontraproduktiv erscheinen, aber wer zuletzt lacht ...

Alle „Rettungspakete“
verdampfen im
Bankenapparat

Geld wird auf diese Weise (auch durch Goldkauf natürlich!) dem – produktiven – Wirtschaftskreislauf entzogen, denn Gold wird ja zurzeit, aufgrund der gestiegenen Nachfrage, nicht vermehrt geschürft, sondern lediglich „leerverkauft“! – was die Deflation nur verstärkt: Es werden weder verschleißende Waren gekauft (bestenfalls vernachlässigbare Kleinwagen aufgrund der

völlig kontraproduktiven Verschrottungsprämie, die ja nur die Symptome, aber nicht die Ursache der Krise bekämpft!), noch investiert, denn: Am Ende einer Periode, in der Jahrzehnte hindurch vornehmlich auf Kredit produziert worden ist, und Eigenkapital ein No-Name war, ist im normalen Geschäftsverkehr kaum mehr Eigenkapital vorhanden und kann auch der optimistischste Optimist nur mit Fremdkapital produzieren. Die Banken aber gewähren Kredite lieber den Regierungen (siehe oben), als „unzuverlässigen“ Kleingewerblern – oder vor dem Ruin stehenden Großkonzernen.

Wie soll es also zu einer Inflation kommen?



Die bisherigen Konjunktur- und „Rettungs“-Pakete sind nur Kurpfuscherei an Symptomen – sie verzögern bestenfalls den Kollaps, halten ihn aber nicht auf
(Bildquelle: www.deesillustration.com)

Der falsche Weg

Zusätzliches Geld kann nur über Kredite in die Wirtschaft gepumpt werden und bedeutet zusätzliche Verschuldung: *Geldmenge ist immer gleich Schuldenmenge*. Jeder Arbeitgeber schuldet seinem Arbeitnehmer für dessen Arbeitsleistung Geld: Die Arbeit wird im Vorhinein verrichtet – im Nachhinein wird gezahlt. Nur wer für Geld arbeitet bzw. arbeiten muss (!), kann in „Schuldknechtschaft“ gehalten werden. Daher wurde auch die bargeldlose Subsistenzwirtschaft der ehemaligen Dritten Welt durch die Kolonisatoren gnadenlos ausgemerzt, und die Einheimischen durch bürokratische Schikanen (Melde-system) in die Geldwirtschaft gezwungen ...

Deshalb auch sind Pensionisten so freie Menschen: Sie haben schon gearbeitet ...

Aufgrund der herrschenden Vertrauenskrise sind die Banken nach wie vor kaum bereit, Privatunternehmen Geld zu borgen. Bei den gesunkenen Zinsen (also auch Kreditzinsen) kommt man da als Bank nicht groß ins Verdienen – dafür sind die Risiken groß: In einer Rezession wird kaum mit Gewinnen der Unternehmen gerechnet! Und Kredite, um die Insolvenz eines Unternehmens zu verzögern, sind kein Investment – und genau das machen die Regierungen zurzeit: mit Steuergeldern bzw. auf Schulden! Und verkaufen dies ihren Bürgern mit freudigem Lächeln als „Risikomanagement“.

Nur wer für Geld arbeitet bzw. arbeiten muss, kann in „Schuldknechtschaft“ gehalten werden

Auf diesem Weg gelangt also kein frisches Geld in die Wirtschaft. Das Ankurbeln der Notenpresse (wie es die USA seit Jahrzehnten machen) ist im Euroraum dank EZB (noch) nicht opportun. Dennoch versuchen alle Industriestaaten zurzeit, den drohenden – aber von den nach der Macht Gierenden bewusst betriebenen! – Kollaps durch geschnürte „Rettungspakete“ aufzuschieben. Aufhalten können sie (und sollen sie nach den Wünschen der Betreiber der Krise) den Kollaps des Weltwährungssystems damit aber nicht, denn alle „Rettungspakete“ verdampfen – im Bankenapparat. Von dem werden – mit dem ihnen zugesicherten Bankenschutzschirm als Sicherheit – gegen hohe Zinsen bloß Staatspapiere gekauft (blanke „Zwischenlagerung des Geldes“), oder die Gelder werden schlicht bei den Nationalbanken oder der EZB (ebenfalls gegen gesicherte Zinsen) zwischengeparkt. Mithilfe der staatlichen „Rettungspakete“ werden quasi die faulen Kredite durch offizielle reingewaschen: Die in die Rede gekommenen „Bad Banks“ erübrigen sich auf diese Weise von selbst – sie wären ja auch nur eine an der Grenze der Staatskriminalität vorbeischarmende Übernahme von niemals rückzahlbaren Schulden gewesen, also ein bedenklicher Vorgriff auf das Wohleben der zukünftigen Generationen: wobei eine einzige Generation zu wenig wäre ... Nur die Wirtschaft erhält kaum Geld: Weil man – im Unterschied zu den Regierenden – bei den Banken weiß, dass es sinnlos ist, Sterbenden noch Geld nachzuschießen ...

Bad Banks wären eine an der Grenze der Staatskriminalität vorbeischarmende Übernahme von niemals rückzahlbaren Schulden

Das sollten natürlich auch die Regierungen wissen, wenn sie in Infrastrukturprojekte investieren: dass sich diese – kurzfristig – weder rentieren noch rechnen können! Denn Infrastrukturverbesserungen beispielsweise oder Investitionen in die Ausbildung sind sicherlich etwas Gutes, Verdienstvolles und Notwendiges, dienen aber erst den Zukünftigen (so diese sie dann überhaupt noch nutzen können!), nicht aber den Gegenwärtigen: Weil die dafür aufgenommenen Schulden letztlich die (mageren) Verdienste der Nachgeborenen (siehe später) wieder auffressen *würden* – aber nicht *werden*, weil es dazu gar nicht kommen wird. Mit „Rettungspaketen“ jeder Art wird nur im Moment „geholfen“ – de facto ist das ausbezahlte Geld in Zukunft nahezu wertlos und mag bestenfalls zur Evaluierung der anstehenden staatlichen Entwertung der Sparguthaben dienen ... (siehe weiter unten). Warum hat man in der Rezession von

1929 mit einem Heer von Arbeitslosen die Wiener Höhenstraße gebaut? Und wem ist sie (erst) zugute gekommen? Die investierten Milliarden mögen zwar der zukünftigen Wirtschaft nutzen (auf Kosten der – mit nicht kaufkräftigem Geld abgoltene(n) – Arbeitskraft der Jetzigen), sie belasten aber umsomehr die nächste(n) Generation(en): über den von uns ihnen aufgehalsten Schuldendienst. Denn: Da zurzeit die Bankraten fast auf Null sind bzw. sich diesem Wert rasch nähern, können, ja müssen die Zinsen in Zukunft wieder steigen, denn: Weniger als nichts geht nicht. Steigende Zinsen belasten aber die anstehenden Rückzahlungen der Schulden noch mehr ...

Dennoch beschreiten fast alle Staaten diesen fatalen Weg in die Sackgasse. Sie gehen enorme Staatsverschuldungen ein und investieren in Infrastrukturprogramme, um auf diese Weise Arbeit zu schaffen und die Zahl der Arbeitslosen senken zu wollen. Wie es sich bis dato gezeigt hat, wirkt dies aber nicht: Weil die Banken die Kredite nicht in die Wirtschaft fließen lassen. Außerdem nützen Infrastrukturverbesserungen bedingt zwar den Baufirmen, nicht aber dem elaborierten (?) Gewerbe und dem Dienstleistungssektor. Solche Programme treiben die Staaten nur noch tiefer in die Schuldenfalle, auch wenn Staatsschulden der oben genannten Höhen ohnehin nicht mehr bedient werden können, was nur bedeutet, dass das bestehende Finanzsystem kollabieren *muss*.

Mit vom Staat initiiertes Arbeitsplatzbeschaffung via Infrastrukturprogramme entrinnt

man also nicht der Deflation, die für den Konsumenten übrigens gar nicht so unangenehm ist – Es wird ja plötzlich nichts mehr teurer! –, der Realwirtschaft aber schadet, weil die aufblähende und damit stimulierende Funktion der Inflation (mehr Waren – mehr Geld, mehr Geld – mehr Waren) fehlt. So paradox es für den Unbedarften klingen mag: Nur Inflation hält die Wirtschaft in Schwung; Deflation zerstört sie. Die Forderung der 68-er-Generation nach Nullwachstum der Wirtschaft war nicht ein frommer Wunsch, sondern ein – unbedarfter – Fluch!

Fazit: Das bestehende System ist gar nicht zu kurieren! Es führe ohnedies gegen die Wand: über die anstehende Totalentwertung des US-Dollars – wenn man es zuließe. Aber auch die Masterminds wissen um die eherne Gültigkeit der Faustregel der Alten: Nach 50 Jahren *müssen* alle Schulden erlassen werden (Stichwort: Josephspfeffig). Es sei denn ...

Crash-Szenario 2



Wird die Dollarblase platzen – und die US-Währung gänzlich entwertet, mit katastrophalen Folgen für die amerikanische Bevölkerung?
(Bildquelle: www.deesillustration.com)

Solange der US-Dollar Weltleitwährung ist – und er wurde von der FED 1973 nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems weiterhin dazu gemacht! –, das Gros des Dollar also außerhalb der USA zirkuliert und innerhalb des Mutterlandes nicht (arg) inflationstreibend wirkt, verbleibt das System im *labilen* Gleichgewicht: Die Dollars sind außerhalb der USA geparkt: als Fremdwährungsreserven, als Petrodollars, in Commodities, wenn auch oft nur mehr in deren Werten, denen keine physische Entsprechung mehr entgegensteht – was ja auch bei Derivatgeschäften (Leerverkäufen z. B.) nicht nötig ist. Daher „besitzen“ heute auch viele Krisenflüchter bloß „Papiergoldbarren“ in Depots, die sie zwar – jetzt schon: teuer! – bezahlt haben, nie aber zu Gesicht kriegen werden: Weil soviel Gold, wie es zurzeit verkauft wird, in Wirklichkeit gar nicht mehr verfügbar ist! Wohl aber in den Tresors der Nationalbanken und in Fort Knox ... Wie ja auch auf Terminwarenbörsen Waren gehandelt werden, die noch nicht oder nie existieren werden: Da es bei solchen Geschäften ja nur auf die erzielte Betragsdifferenz ankommt, nicht aber auf die (Existenz der) Ware selbst (siehe oben).

Viele Krisenflüchter besitzen heute bloß „Papiergoldbarren“ in Depots, die sie zwar – jetzt schon: teuer! – bezahlt haben, nie aber zu Gesicht kriegen werden

Solange nun die Dollareigner glauben, mit ihren Dollars auch reale Werte kaufen zu können (es aber – noch – nicht tun!), hält sich das System im Gleichgewicht. In dem Moment aber, wo das Vertrauen in die Kaufkraft des Dollars verlorengeht, und Dollarbillionäre, wie z. B. die VR China, den „Greenback“ abzustoßen begännen (was Peking am 13. März 2009 vorsichtig angedroht hat) und etwa in den Euro flüchteten, bräche das

Weltwährungssystem zusammen: Der

Wert des Dollars fiel ins Bodenlose, die USA wären schlagartig bankrott, die auf Pump basierende Binnennachfrage in den Staaten bräche völlig weg, jeder Import käme zum Erliegen (womit würden die Fremdwaren auch bezahlt?), der Wert des Euros stiege – und zwar im Vergleich zum Dollar – inflationär.

Nur wegen der Funktion dieser befürchteten Ersatzweltwährung waren die US-nahen Crashbetreiber auch so vehement gegen die Einführung des Euro gewesen und hatten – Gott sei Dank vergeblich – versucht gehabt, die EU zu spalten: Der geplante Bush'sche Raketenschild in Polen und Tschechien gegen den „Iran“ (und Russland war gemeint gewesen!) war nur ein Mittel zur Spaltung gewesen. Barack Hussein Obama will ihn jetzt (März 2009) zurücknehmen. Ob man ihn lässt?

Ein starker Euro bedeutete für die EU-16, dass sich Exporte *aus dem* Euroraum verteuerten, die Importe hingegen verbilligten. Da der Euroraum aber mehr oder weniger autark ist – 85 % seiner Wirtschaft spielt sich zwischen den Euroländern selbst ab (im Unterschied zum Dollarraum, der die gesamte übrige Welt umspannt) –, würde das die Wirtschaft des Euroraumes nicht unbedingt schädigen – was die auf den Crash Hinarbeitenden gar nicht konvenierte. Wohl aber würden mit dem Platzen der Dollarblase auch die letzten Banken und (Groß-) Firmen (auch der USA und selbst die FED-Banken!) pleite gehen, da (noch) fast alle Derivatgeschäfte auf Dollarbasis abgewickelt werden: Dem Null auf der Habenseite der Banken stünden dann (nur mehr) die weltweiten Billionenbeträge der – damit aber auch schlagartig wertlos gewordenen – Einlagen der gutgläubigen, um nicht zu sagen fahrlässigen Sparer gegenüber.

Damit wären sämtliche Banken illiquide, könnten die ihnen anvertrauten Gelder nicht mehr auszahlen. Die Einlagen wären vernichtet: allerdings nur für deren Einleger. Denn

Also wäre es Gebot der

„nicht ausbezahlt“ bedeutet ja nicht „nicht vorhanden“. Jetzt gehörten die Einlagen den neuen Eigentümern der schon vorher verstaatlichten Banken: Das aber wären längst nicht mehr die Regierungen der einzelnen Staaten, sondern deren Gläubiger: jenen dunklen Hintermänner, welche die CDS-Bindungen für ihren Vorteil nützten (siehe oben). Damit wären die Einlagen der Sparer endgültig dort, wohin sie immer schon sollten: bei der Finanzmafia.

Die Gewinner

Und wie haben die Drahtzieher dieses Crashes ihr erocktes Vermögen (also das Eigentum anderer) gebunkert? Natürlich nicht in der vergänglichen Form von Giralgeldern (= Spielgeld) der Finanzblase: Diese hat man ja gezielt und erfolgreich platzen lassen. Vielmehr indem sich die geschickt im Dunklen agierenden Hintermänner mit dem real eingelegten und weltweit den Sparern abgezockten Geld Schlüsselbanken und -industrien angeeignet und aufgebaut haben. Denn nicht alle Banken mach(t)en Verluste oder sind pleite. Dass man *Lehman Brothers* in die Insolvenz schlittern hat lassen, hatte vielmehr damit zu tun, dass fast alle europäische Banken auf diese „elegante“ Weise in den Ruin getrieben werden konnten: Weil diese ihre Rücklagen bei Lehman gebunkert und faule Kredite vor allem über die Vermittlung der „Analysten“ (z. B. Moody's) gewährt hatten: mit Besicherungen, die u. a. von Insidern oder vorgeschobenen Agenten (etwa dem Wall Street-Guru Bernard Madoff; Schadenssumme kolportierte 65 Mrd. US-Dollar!) gehedget waren! Die gelenkte (aber nicht genasführte; sie weiß genau, was läuft!) US-Regierung hat daher folgerichtig auch nur jene Banken, die den Hintermännern des Crashes verbunden sind (ob Bernard Madoff tatsächlich 150 Jahr „sitzen“ wird müssen oder demnächst frei geht?) bzw. als „nützliche Idioten“ von ihnen vorgeschoben worden waren, „gerettet“ und jene eine, in der – ebenfalls gelenkt! – bevorzugt ausländische Banken ihre Erträge investiert hatten, in den Konkurs gehen lassen.

In der Krise und in deren Folge insolvent gewordene Unternehmen und Betriebe wurden und werden nun sukzessive aufgekauft ... Nach Betriebszusammenlegungen bzw. Schließung von unliebsamen Konkurrenten (nach deren „Filettierung“) werden sie als Quasi-Monopolbetriebe geführt werden und können auf diese Weise alle Preise und Bedingungen diktieren: vor allem den bankrotten und deshalb am Gängelband geführten Marionetten-Regierungen, deren konfiszierte Banken samt den Spareinlagen ihrer schon längst enteigneten Bürger in den Banken und Großkonzernen der (?) (nicht nur US-) Finanzhaie gelandet sind.

Die so oft und immer wieder beschworene Hyperinflation wird also gar nicht kommen – müssen, denn die Dollarblase würde vorher zum Platzen gebracht worden sein. Aber alle würden wir unsere Ersparnisse verlieren – solange wir sie den Banken überließe. Also wäre es Gebot der Stunde, seine Gelder abzuheben und in Realitäten zu investieren – oder sie zu vergraben. Gold, Silber, Platin, Diamanten zu kaufen ist bereits zu spät – deren Preise haben schon ihren Plafond erreicht. Außerdem gibt es kaum Gold mehr ... Realitäten zu erwerben ginge noch – jetzt, aber nicht mehr in einigen Monaten: Denn dann werden es alle tun – wollen und dazu beitragen, zumindest die Preise von Immobilien inflationär hochzutreiben.

Die USA als größter
Schuldner der Welt leben
zurzeit nur mehr von der
Gnade Pekings

Flucht in Waren? Das Sinnloseste, das man heute tun könnte: Autos zu kaufen oder irgendwelche Konsumwaren, denn Autos verlieren im ersten Jahr bereits 1/3 ihres Wertes und in Zukunft wahrscheinlich die Hälfte wenn nicht mehr, da Altwagen dann überhaupt nicht mehr absetzbar sein werden ... Sparen? Worauf? Ausgeben? Wofür? Wohlleben? Meinetwegen ... Am klügsten wäre es, seine Schulden sinnvoll zu begleichen: Dann ist man sein Geld los, besäße aber sein Haus oder Unternehmen zur Gänze – und das Geldproblem hätte dann jemand anderer.

Die Energiepreise, auch wenn es oft gegenteilig beschworen wird, würden – wenn wir das obere Szenario durchspielen – hingegen *nicht* steigen, da durch die Flucht in den Euro das Öl auf dem Weltmarkt – zumindest für den Euroraum – billig bleiben bzw. billiger werden würde. Der zurzeit auffällige Run auf Pelletheizungen (cash as cash can!) wird daher nur von kurzer Dauer sein. Lebensmittel? Für uns im Euroraum würden sie billiger werden, während im Dollarraum Hungersnöte ausbrechen würden.

Und weil das die schweren Brüter in den US-Think-Tanks natürlich auch wissen (nur bei uns getraut sich niemand, das öffentlich zu kommunizieren!), werden die eigentlichen Betreiber hinter all dem alles daran setzen, dass es zum oben geschilderten Dollarverfall und dem hier weitergedachten Szenario *nicht* kommen wird: Der Dollar wird nicht aufgegeben! Das aber bedeutet: Krieg!

Krieg als „Lösung“

Die brutalste Methode – wir haben oben zwei „moderate“ beschrieben – und diejenige, die am raschesten zum Ziel der Weltherrschaft führt (wir verwenden jetzt erstmals und absichtlich diesen schwer beladenen und dadurch auch beschädigten Begriff), ist Krieg. Es muss um alles (!) in der Welt verhindert werden, dass der Dollar seine Funktion als Leitwährung einbüßt, da sonst eines der eben beschriebenen Szenarien einträte. Dies lässt sich aber nur über einen Angriffskrieg gegen

den Iran verhindern, getreu dem Muster des seinerzeitigen Irak-Krieges, und/oder über einen Angriffskrieg gegen Nordkorea – was einen solchen gegen China mit einschließt. Denn: Ob sich die USA noch lange damit abfinden werden, vom Wohlwollen Pekings abhängig zu sein, sei einmal dahingestellt ...

Die USA als größter Schuldner der Welt leben zurzeit nur mehr von der Gnade Pekings, das den längst schon wertlosen „Greenback“ (noch) auf Kurs hält und durch Staatsanleihen, die sie Washington in Milliardenhöhe immer wieder gewährt, den Staatsbankrott Amerikas (noch) verhindert. Wir können daher in den nächsten Wochen oder Monaten das weltweite Implodieren der Credit Default Swaps, also der unbesicherten Kredit-„Versicherungen“ erwarten, damit als erstes das Platzen der US-Staatsanleihen und als Folge den Staatsbankrott von „Gods own country“. Gegenüber den (März 2009) rund 300 Billionen Gesamtverschuldung der USA hat George W. Bush nämlich nur sein 700 Milliarden-Paket aufgewogen (d. i. ein 420stel der Gesamtverschuldung), und Barack Hussein Obama eines mit 800 Milliarden draufgesetzt. Das ergibt in Summe bloß ein Fünfzigstel der offiziellen US-Ausstände. Und selbst diese sind nur aufschiebende Scheinhilfen (siehe oben), die niemanden etwas kosten, weil die FED, also das Bankenkonsortium „dahinter“, das Geld einfach – und ohne jede Besicherung! – druckt.

Ersparnisse hat der Durchschnittsamerikaner nie welche gehabt und einen Arbeitsplatz jetzt auch (bald) nimmer

De facto sind Amerikas Schulden völlig unrückzahlbar – und eine Tilgung ist ja auch gar nicht intendiert, weil deren Unmöglichkeit Teil der Absicht ist! Wie sollte die Riesensumme von 300 Billionen Dollar auch erbracht werden? Und täglich wird diese Summe um Zig-Milliarden Dollar größer u. a. auch dadurch, dass die USA jeden Tag (!) mit bis zu 3 Milliarden Dollar vom Ausland – vor allem von China! – gestützt werden! Soll die „Tilgung“ vom US-Steuerzahler erbracht werden? Dessen Vermögen (ohnedies jahrzehntelang nur auf Pump finanziert!) schmilzt zurzeit dahin wie Schnee in der Frühjahrssonne. Ersparnisse hat der Durchschnittsamerikaner nie welche gehabt und einen Arbeitsplatz jetzt auch (bald) nimmer. Die Steuereinnahmen des Staates und seiner Bundesstaaten (Paradebeispiel Kalifornien, dessen österreichischer Gouvernator Arnold Schwarzenegger Anfang März noch auf Betteltour in Deutschland war) sinken daher (ebenfalls Teil des Plans). Aber auch die Einnahmen der Kommunen und der Universitäten, sowie jene der karitativen Organisationen gehen zurück.

Noch verhindert die EZB das Anwerfen auch der Euro-Gelddruckmaschine – aber wie lange noch? In den USA werden von der FED, die keine unabhängige Nationalbank europäischen Zuschnitts ist, sondern aus dem Zusammenschluss der wichtigsten und mächtigsten Banken des Landes besteht (die also Eigeninteressen verfolgen und nicht das Staatsinteresse!) täglich mehrere Millionen US-Dollar gedruckt (genaue Zahlen werden natürlich geheimgehalten). Nur weil sich zurzeit in den USA niemand mehr traut (und übrigens auch kein Geld mehr dafür hat), Konsumgüter zu kaufen, wirkt sich dieser Auswurf von wertlosem, grün bedrucktem Papier nicht inflationär aus – auch weil damit nur banken- und systemintern die leer(geräumt)e Habenseiten der Banken via „Stützungsapakete“ aufgefüllt werden: und zwar mit dem völlig wertlosen Giralanteil des neugedruckten Geldes. Denn: Jeder gedruckte Dollar oder Euro wird durch Kreditgewährung als Giralgeld sofort verdoppelt (oder sogar vervielfacht)! Merke: Der Sparer legt 1000 € oder \$ bei der Bank ein. Dem Kreditnehmer werden diese 1000 € oder \$ ausbezahlt, der diesen Betrag in die Realwirtschaft oder – wenn er Harakiri betreiben will – in Wertpapiere anlegt. Also sind 2000 € oder \$ vorhanden: der Anleger hat sie (wenn auch nur in seinem Sparbuch oder Konto), und der Kreditnehmer hat sie meisten nimmermehr, weil er dafür eine Ware erstanden oder eine Investition getätigt hat (letzteres wäre ja noch sinnvoll). In den USA fließt der Bargeldanteil der notengepressten „Greenbacks“ sofort in die Firmen der Waffenproduktion, die für die anstehende Auseinandersetzung hochgefahren wird.

Noch verhindert die EZB das Anwerfen auch der Euro-Gelddruckmaschine – aber wie lange noch?

Der Besuch Hillary Clintons in Peking und ihr Zusammentreffen mit dem russischen Außenminister Sergei Wiktorowitsch Lawrow am 6. März in Genf diente nur dazu, sich der finanziellen Gunst und Gnade der beiden Riesenreiche zu versichern, den Dollar (noch) nicht fallenzulassen – und damit Zeit zu gewinnen, die Angriffe gegen Iran und Nordkorea vorbereiten zu können. Dass Moskau und Peking bei diesem durchsichtigen Spiel mittaten (oder zumindest so getan haben, mittun zu wollen) ist nur oberflächlich besehen verwunderlich. Die ziemlich unverblühte indirekte Kriegserklärung Nordkoreas am 10. März 2009 an Südkorea, Japan und die USA, das gleichzeitige Kappen der letzten Telefonverbindung mit Südkorea, das Versiegeln der gemeinsamen Grenze, die

Drohung, jede Beeinträchtigung des geplanten Satellitenstarts (= Langstreckenraketenstarts) Nordkoreas mit Waffengewalt beantworten zu wollen, zeigt ja, dass sich auch Russland und China nicht mehr lange an der Nase herumführen lassen wollen

...

Auch die von den USA geduldete, ja gerade geförderte Niederbombung des Gaza-Streifens muss als Puzzlestein zum Aufbau eines kriegsbereiten Szenarios gewertet werden, vergleichbar jenen Lügen von den Massenvernichtungswaffen des Irak. Auch der Georgien-Krieg vom Sommer 2008 kann als – allerdings misslungener – Versuch gewertet werden, die Welt auf eine größere Auseinandersetzung vorbereiten zu wollen. Mit dem – in dieser Situation – einzig richtigen Einschreiten

Russlands hatten die Destabilisierer im Hintergrund offenbar nicht gerechnet gehabt (bemerkenswert auch die kaum versteckten Hilfen Israels für Georgien) ... Vielleicht ist dieses – vorläufige – Debakel auch ein Grund, dass mit dem Angriff auf den Iran noch zugewartet wird. Ein von einem israelischen General selbst zugegebenes diesbezügliches Vorpreschen Israels 2008 ist ja von der Bush-Administration damals noch unterbunden worden. Wahrscheinlich war aber Georgiens Micheil Saakaschwili nichts anderes als ein Bauernopfer gewesen, um Russland hinhaltend Gelegenheit zu geben, international wieder militärische Stärke zeigen zu dürfen: auf Kosten der Georgier ...

Mit dem Sieg über den Iran – wie sollte sich der auch gegen die USA und das hochgerüstete Israel erfolgreich wehren können? – befände sich (wie oben schon angeführt) das erdölreichste Gebiet zwischen Persischem Golf und Kaspischem Meer in der Hand der USA. Alleine mit dem auf diese Weise erbeuteten Vermögen ließen sich die Staatsschulden der USA mehr als kompensieren und der Dollar stabilisieren. Käme es über eine Einigung im Afghanistan-Konflikt auch noch zu einer Kooperation mit Russland, könnten die USA und Russland erfolgreich die EU in die Zange nehmen. Der von den USA geduldete (oder mitinitiierte?) „Gaskrieg“ Russland-Ukraine hat ja Europa gezeigt, woher der Wind weht. Unter diesem Blickwinkel wird auch die geplante und bisher nur zur Ablenkung bekämpfte Nabuko-Pipeline nach der Machtübernahme der USA über den Iran den dann eigentlichen Herren der Welt dienen. Die werden sich – sehr erfolgreich – der Militärmaschinerie der USA zu bedienen gewusst haben.

Mit dem durch die Eroberung des Irans erbeuteten Vermögen ließen sich die Staatsschulden der USA mehr als kompensieren und der Dollar stabilisieren

Wenn es gelingt – und alles spricht dafür – mit Russland gemeinsam auch gegen Nordkorea und damit gegen China vorgehen zu können, ist das angepeilte Ziel (fast) schon erreicht. Europa und sein ungeliebter Euro wären fest im Würgegriff von USA-Russland, und China wäre das nächste Ziel: der endlich unterworfenene Billigproduzent für die Weltherren.

Ob sich George Orwell nur um 35 Jahre geirrt hat?

Anmerkungen:

- ¹ Neocons: Vertreter des Neokonservatismus, ein hauptsächlich in den USA vertretenen konservativen politischen Strömung
- ² Buchgeld, auch Giralgeld: Geld, das nicht in Form von Scheinen und Münzen (also als Bargeld) existiert, sondern als Guthaben auf einem Bankkonto, über das jederzeit verfügt werden kann.
- ³ Hausse: auch Bullenmarkt, steht an der Börse für anhaltend steigende Kurse
- ⁴ Baisse: Gegenteil von Hausse; anhaltend fallende Kurse
- ⁵ Bonität: Kreditwürdigkeit
- ⁶ EZB: Europäische Zentralbank
- ⁷ FED: Kurzbezeichnung der „Federal Reserve Bank“, dem privaten Zentralbanksystem der USA
- ⁸ Genauer in: G. Edward Griffin: [Die Kreatur von Jekyll Island: Die US-Notenbank Federal Reserve - Das schrecklichste Ungeheuer, das die internationale Hochfinanz je schuf](#). Kopp Verlag, Rottenburg 2006
- ⁹ Bretton-Woods-System: Währungssystem fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung, benannt nach der Konferenz von Bretton-Woods am 22. Juli 1944

Literaturhinweise:

Margaret Atwood: [Payback. Schulden und Schattenseite des Wohlstands](#). Berlin Verlag, Berlin 2008
Jürgen Bozsoki: [Der neoliberale Großangriff auf Europa: Wirtschaftspolitische Gegenkonzepte statt Polemik](#). Edition Va Bene, Kosterneuburg 2007
F. William Engdahl: [Der Untergang des Dollar-Imperiums: Die verborgene Geschichte des Geldes und die heimliche Macht des Money Trust](#). Kopp Verlag, Rottenburg 2009
Wolfgang Köhler: [Crash 2009. Die neue Weltwirtschaftskrise](#). Mankau Verlag, Murnau 2009
Eberhard Hamer/Eike Hamer: [Was tun, wenn der Crash kommt?](#) Olzog Verlag, München 2008
Heinrich Wohlmeyer: [Globales Schafe Scheren. Gegen eine Politik des Niedergangs. Eine Analyse](#). Edition Va Bene, Kosterneuburg 2006

[zurück](#) 